

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Wirtschaftskrise ging nicht spurlos an uns vorbei, nein, sie sorgte dafür dass Albstadt quasi über Nacht mitten in der schlimmsten Krise seit Jahrzehnten steckt.

Das hat dazu geführt, dass mittlerweile sehr vieles bei uns anders ist, als wir es uns bisher vorstellen konnten, schon gar nicht in so einer kurzen Zeitspanne. Wir ringen seit Monaten in zahlreichen Sitzungen um die Zukunft unserer Heimatstadt, sowie vieler ihrer Einrichtungen. Es gab bei diesen Diskussionen keinerlei Tabus und es wurde wirklich jede einzelne Haushaltsposition angesprochen. Wir gingen derart ins Detail, dass selbst mancher langjähriger Stadtrat Dinge erfuhr, die ihm bislang so nicht bewusst waren.

Jeder einzelne Gemeinderat hat sich die Entscheidung garantiert nicht leicht gemacht und ist sich bewusst, dass wir einiges von unseren Bürgern und auch von unseren Beschäftigten abverlangen müssen, ob wir wollen oder nicht.

Die Finanzlage erfordert unpopuläre Entscheidungen.

Dies ist zumindest jedem Gemeinderat schmerzlich bewusst.

Wir hoffen, dass diese Einsicht jetzt auch wirklich bei der obersten Verwaltungsspitze angekommen ist, bislang zumindest war dies nicht immer erkennbar!

Wir Gemeinderäte sind allesamt auch Bürger unserer Stadt und müssen viele Dinge mittragen, die uns selbst zum Teil auch schmerzlich betreffen, - dies sollte nicht vergessen werden. Trotzdem ist es erfreulich dass nahezu der gesamte Gemeinderat geschlossen voran ging und sich in vielen sehr unerfreulichen Sitzungen daran machte, auch noch so unbequeme Themen aufzugreifen und komplett neu zu überdenken.

Eigentlich hätten wir ja erwartet, dass die Verwaltung von sich aus voran geht und uns Vorschläge macht, wie wir die Krise meistern können. Leider war das nicht in dem nötigen Umfang der Fall - und wie das halt so ist - wenn man den Hund zum Jagen tragen muss, hat dies zu zeitlichen Verzögerungen geführt, welche unserer Stadt nicht wirklich gut tun.

Da unsere Verwaltungsspitze partout nicht an die Strukturen gehen wollte, was aber durch den Ernst der Situation einfach unumgänglich ist, hat dies auch dazu geführt, dass alle Fraktionssprecher, unabhängig voneinander, klargestellt haben, dass sie so den Haushalt 2010 nicht beraten können, ohne wirklich zu wissen wie es weitergehen soll.

Das hat dazu geführt, dass wir erst heute, Ende Juni den Haushalt des laufenden Jahres beraten können. Dies jetzt, wenn schon das halbe Jahr vorbei ist und letztendlich für das restliche Jahr nicht mehr wirklich viel entschieden und bewegt werden kann.

Dies ist eine untragbare Situation die sich nicht wiederholen darf.

Es war bislang guter Brauch in Albstadt den Haushalt am Ende des Vorjahres zu beschließen – und das war auch gut so!

Die Freien Wähler werden so etwas künftig nicht mehr mittragen!

Sollte zukünftig der Haushalt nicht am Ende des Vorjahres verabschiedet werden, so werden die Freien Wähler keine Haushaltsvorgriffe mehr mittragen, - solange bis wieder ein ordentlicher Haushalt vorhanden ist.

Es ist auch nur fair, unseren Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig zu sagen, was auf sie zu kommt und wie es weitergeht in unserer Stadt.

Wir erwarten von der Verwaltung ganz klar, dass der Haushalt für 2011 noch in diesem Jahr beraten und verabschiedet werden kann!!!

Nichtsdestotrotz, haben wir, Dank einer ungewohnten Gemeinderatseinheit, heute einen, wenn auch nicht erfreulichen Haushalt zu verabschieden, damit unsere Bürger endlich wissen woran sie sind.

Erfreulich ist auch die Tatsache, das der gesamte Gemeinderat sich gemeinsam der Aufgabe gestellt hat. Dies hat zu etlichen Ältestenratssitzungen mit Vertretern der Fraktionen und Gruppen geführt.

Diese Sitzungen waren nicht sehr fröhlich, dennoch hat sich jeder am Riemen gerissen und wir haben Punkt für Punkt abgearbeitet. - Zumindest den größten Teil davon, - denn dann kamen plötzlich die Vertreter der CDU auf die Idee, den bis dahin herrschenden Gemeinschaftskonsenz aufzukündigen, nach dem Motto „alles oder nichts“.

Sie bestanden plötzlich auf eigene Forderungen und um diese durchzudrücken, drohten sie den Gesamthaushalt abzulehnen. Dies wurde mittlerweile auch allgemein durch die Presse bekannt.

Mit diesem Vorgehen haben sie den ganzen Haushaltskonsolidierungsprozeß gefährdet und dunkle Schatten über unsere Stadt gelegt.

Die angekündigte Drohung den Haushalt ggfs. heute abzulehnen, hilft uns nicht aus unseren Problemen.

Glücklicherweise ist die Mehrheit im Gemeinderat verantwortungsbewusst und auch bereit Entschlüsse mitzutragen, die für sie nicht erfreulich sind. Diese Hoffnung habe ich auch für CDU-Stadträte.

Allerdings muss eines heute klar sein:

Auch wenn wir heute den Haushalt verabschieden und viele unerfreuliche Beschlüsse fassen werden, so ist dies noch nicht das Ende unserer Probleme – der heutige Haushalt ist vielmehr nur eine Zwischenstation. Wir werden auch weiterhin sehr intensiv sparen müssen und auch viele Beschlüsse die wir heute fassen auch künftig kritisch im Auge behalten und ggfs. weitere Beschlüsse fassen müssen, zum Wohle und für die Zukunft unserer Heimatstadt.

Professor Kölz hat das strukturelle Defizit unseres Verwaltungshaushaltes herausgestellt. Diese von ihm herausgearbeitete Zahl, die auch niemand ernsthaft bestreitet, ist jedoch nur das **absolute Minimum** welches wir an jährlichen Einsparungen erreichen müssen.

Wenn wir diese Zahl heute erreichen -

- bei einem Gewerbesteueraufkommen von 15 Mio. sind das 3,9 Mio. -

welche wir durch Einsparungen und Erhöhungen abzudecken haben, dann haben wir noch kein Geld für dringend nötige Investitionen,

sei es für Straßen und Kanäle,

Schulen und Kindergärten,

oder auch für die Beseitigung unserer Brachen in der Stadt

und auch nicht für Zukunftsprojekte wie EULE oder Kloster Margrethausen.

Dies muss jedem klar sein!!!

Wenn wir heute den Haushalt beschließen und auch das strukturelle Defizit abgedeckt bekommen, dann nur verbunden mit der Tatsache, dass wir dazu 5 Mio. des Eigenkapitals der Stadtwerke vervespern - ohne irgendeine Auswirkung davon zu sehen und auch nur wenn wir für 11,3 Mio. neue Kredite aufnehmen.

Diese 11,3 Mio. entsprechen einer Nettoneuverschuldung von 6,9 Mio.

Das heißt also wir brauchen 6,9 Mio. fremdes Kapital, dazu noch 5 Mio. aus unserem schrumpfenden Vermögen, sowie eine letztmögliche Rücklagenentnahme von 700.000,- um den Haushalt überhaupt über die Runden zu bringen.

Also haben wir faktisch ein Minus von 12,6 Mio. dieses Jahr in unserem Haushalt.

Wenn wir dann noch bedenken, dass wir Ende diese Jahres bei einer Verschuldung von 64,2 Mio. € angekommen sind und weiterhin eine an Einwohnern deutlich schrumpfende Stadt sind, dann braucht man nicht viel Hirn um zu begreifen, dass wir immer noch sehr weit weg sind von einer Entspannung des Haushaltes und der heutige Haushalt auf dem langen und harten Weg des Sparens wirklich nur ein Zwischenschritt sein kann!

Daher können wir den Antrag der CDU auf eine Schuldenbremse mit einem festgeschriebenen Betrag je Einwohner nur unterstützen.

Wir fürchten, selbst mit dieser Schuldenbremse wird es schwer die Verschuldung weiter abzusenken.

Wir werden heute sehr viele Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einleiten und auf den Weg bringen. Das sind einerseits Einsparungen durch Austritte aus Vereinen und Verbänden, andererseits Kürzung zahlreicher Zuschüsse beispielsweise bei Vereinen unserer Stadt.

Wir werden künftig so manche Veranstaltung nicht mehr machen können, wie z.B. den Seniorenausflug, um nur eine zu nennen.

Wir müssen in etlichen Dingen künftig kleinere Brötchen backen oder uns alternativ neue Wege einfallen lassen.

Wir müssen unsere Bürger und Vereine zu mehr ehrenamtlichen Engagement auffordern und ermuntern, um etliches auch künftig zu ermöglichen – und trotz all dem ist das nur ein Zwischenschritt und wir müssen weiterkämpfen, damit sich nicht alles noch weiter verschlimmert und wir auch künftig selber die Haushaltshoheit bewahren können, damit wir auch künftig selber entscheiden können wo wir unsere Schwerpunkte setzen wollen, wie z.B. bei der Vereinsarbeit, bei Kinder- und Jugendarbeit und vieles mehr.

Um die Voraussetzung hierfür zu schaffen, kommen wir auch nicht umhin auf der Einnahmeseite tätig zu werden. So müssen wir künftig verstärkt die Kostendeckungsgrade unserer Einrichtungen im Auge behalten und regelmäßig anpassen.

Ob das nun das Unterrichtsgeld der Musik- und Kunstschule ist, die Elternbeiträge der Kinderbetreuung, die Verwaltungsgebühren, die Parkgebühren, die Abwassergebühren, die Büchereigegebühren und vieles mehr.

Dieses fällt uns allen nicht leicht, aber wir müssen andererseits auch sehen, dass wir in vielen dieser Gebührensätze weit unter den Empfehlungen liegen und oftmals auch weit unter vergleichbaren Beträgen anderer Städte.

Dieses ist uns und unseren Bürgern vielfach nicht einmal bewusst.

Bei den Kindergartenbeiträgen liegen wie aktuell **fünf** Stufen unter der Landesempfehlung. Das betrifft nicht nur unsere städtischen Kindergärten, nein, wir müssen diese Differenz auch für die kirchlichen Kindergärten bezahlen, nur um mal ein Beispiel zu nennen.

So schwer es uns auch fällt, dieses können wir uns in der aktuellen Situation einfach nicht mehr leisten.

Ebenso ist es bei der Grundsteuer, die direkt oder indirekt jeden von uns treffen wird.

Trotz einer geplanten Erhöhung des Hebesatzes von 330 auf 350 sind wir immer noch günstiger beispielsweise als Balingen und Hechingen die 360 haben oder der Durchschnitt der Städtegruppe B der bei 365% liegt.

Auch eine moderate Anpassung der Gewerbesteuer darf zukünftig kein Tabu sein.

Ich möchte jetzt hier nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen, denn das würde ganz klar den Rahmen sprengen, aber wir müssen uns einfach bewusst sein, dass wir uns viele Wohltaten in Zukunft nicht mehr oder zumindest nicht mehr in diesem Umfang werden leisten können.

Auf ein paar einzelne Punkte möchte ich wegen ihrer Brisanz und wegen dem gezeigten öffentlichen Interesse aber doch im besonderen eingehen:

Das sind zum einen die Büchereien, derer Albstadt im Vergleich zu vielen anderen Städten sich drei leistet.

Auch hier muss gespart werden, keine Frage.

Ein richtiger Weg ist die Reduzierung der Öffnungszeiten und des Personals,

- dies gilt für alle drei Häuser – .

Ob die angedachte Änderung der Tailfinger und Onstmettinger Bücherei in reine Kinder- und Jugendbüchereien wirklich so sinnvoll ist, ist in Frage zu stellen. Vielmehr halten wir es für sinnvoller, wie ebenfalls schon diskutiert, hier einen Einsparungsrahmen festzusetzen und dem Fachpersonal die Entscheidung zu überlassen, welcher Schwerpunkt mit ggfs. ergänzendem Bereich hier jeweils sinnvoll ist.

Zu den Ortsämtern bleibt nur zu sagen, dass die Reduzierung von uns so mitgetragen wird, allerdings wird auch dies nur ein Zwischenschritt sein, denn es ist zu bedenken, dass sich die Aufgabenbereiche dort ändern werden durch den Wegfall der Lohnsteuerkarte, sowie die Einführung des elektronischen Führerscheines und dann besonders, wenn der neue Personalausweis sehr kostenintensiv eingeführt wird.

Die Musik- und Kunstschule verursacht uns allen starke Bauchschmerzen. Sie gehört ebenfalls zu den freiwilligen Aufgaben der Stadt. Wir alle sind interessiert am Erhalt der Schule und sehen auch ihre Bedeutung für die Stadt. Allerdings können wir uns auch hier einen jährlichen Zuschussbetrag von über 600.000,- € in Zukunft einfach nicht mehr leisten.

Auch hier wurde intensiv und lange über die Schließung der Einrichtung diskutiert. Es wurde vereinbart, dass die Kunstschule, welche sich im Prinzip selber trägt, der Volkshochschule angegliedert werden soll, was wir mehrheitlich mittragen werden.

Im weiteren wurde nach langer Diskussion beschlossen die Musikschule wenn möglich zu erhalten. Dies erscheint uns aber nur möglich wenn es uns gelingt, den Zuschussbedarf um etwa 400.000,- € zu reduzieren.

Sollte dies der Verwaltung nicht gelingen, so fürchten wir, dass wir mittelfristig um eine Schließung der Einrichtung leider nicht herum kommen.

Die Umstellung auf Honorarkräfte kann die Erhaltung der Schule ermöglichen.

Sie ist zwar für die Beschäftigten keineswegs erfreulich, aber im Falle einer Schließung trifft es sie noch deutlich schlimmer.

Nun zu einem der meistdiskutierten Themen, - der städtischen Galerie.

Sie ist nicht zuletzt deshalb am meisten diskutiert, weil die CDU-Fraktion vehement ihre Schließung fordert und auch mehrfach klar signalisiert hat im andern Falle den gesamten Haushalt abzulehnen.

Es ist ganz klar, dass wir uns auch bei dieser Einrichtung einen Zuschussbedarf von über 500.000,- € wie er noch im eingebrachten Haushaltsplan steht, schlicht und einfach nicht mehr leisten können. Sofern hier keine deutliche Absenkung des Zuschussbedarfes erfolgt, können wir auch hier eine Schließung nicht vermeiden.

Die Verwaltung war jedoch hier emsig tätig und konnte eine Reduzierung des Zuschussbedarfs um nahezu 300.000,- € erreicht, so dass der künftige Zuschussbedarf sich auf 240.000,- € reduziert. Dies entspricht, personell gesehen des Ursprungszustandes zu Zeiten von Herrn Hagenlocher.

Die Forderung des Gemeinderates „back to the roots“ wurde hier klar umgesetzt.

Angesicht des guten Rufes des Hauses und des Bekanntheitsgrades der Galerie weit über Albstadt hinaus, von dem ich mich die letzten Wochen persönlich überzeugt habe, sollten wir versuchen diese Einrichtung möglichst zu erhalten.

Der Zuschussbedarf ist nach wie vor jedoch sehr hoch, wenn auch mittlerweile geringer als der des Maschenmuseums.

Er muss auch künftig kritisch betrachtet werden und die Galerieleitung ist aufgefordert diesen weiter zu verringern. Dies kann natürlich auch durch eine Erhöhung auf der Einnahmeseite erfolgen, gute Ansätze sind in den letzten Monaten ja erfolgt.

Was wir natürlich bei all diesen Betrachtungen nicht vergessen dürfen ist die Tatsache, dass sich sowohl Gemeinderat als auch Verwaltung in den letzten Monaten klar zum Tourismus bekannt haben und ihn ganz klar langfristig als Zukunftsperspektive für unsere Stadt sehen.

Für die Premiumwanderwege sowie für den Masterplan Tourismus wurde hierfür auch bereits erstes Geld in die Hand genommen. Die Galerie und unsere Museen sind hierfür ebenfalls wichtige Bausteine. Die Touristen sollen ja beispielsweise nicht nur zum Wandern kommen und dann wieder abfahren,

- nein wir müssen ihnen auch in der Stadt Möglichkeiten anbieten, damit sie in die Stadt kommen und hier Umsätze tätigen und für Arbeitsplätze sorgen.

Dass wir uns ein eigenes Museumsamt künftig nicht mehr leisten können brauche ich wohl nicht weiter auszuführen, die Eingliederung ins Kulturamt ist richtig und sinnvoll.

Auch für die weiteren Jahre wird unsere Stadt, selbst bei steigenden Gewerbesteueraufkommen, finanziell stark unter Druck stehen.

Auch wegen der Demographie und ebenso durch unseren nach wie vor starken Bevölkerungsverlust, der uns vor weitere schwere Aufgaben stellen wird.

Als Anmerkung möchte ich aktuelle Zahlen des Rechenzentrums einfügen:

Die Einwohnerzahl betrug zum 31.12.2009 noch 44.882 Einwohner

Aktuell sind es sogar nur noch 44.688 Einwohner

Um dem demographischen Wandel, mit all seinen Problemen für unsere Stadt entgegenzuwirken müssen wir auf jeden Fall auch künftig in Bildung und Kinderbetreuung investieren.

Durch das Rödl & Partner – Gutachten und durch weiter zurückgehende Schülerzahlen entstanden in der Öffentlichkeit erneut Diskussionen über drohende Schulschließungen. Die Freien Wähler fordern die Erstellung eines aussagekräftigen Schulentwicklungsplanes, als Grundlage für mittel- und langfristige Planung unserer Schullandschaft. Dabei sollten rechtzeitig alle Beteiligten informiert und einbezogen werden. Wir sehen die Bedeutung eines ortsnahen Schulangebotes und möchten Schnellschüsse vermeiden. Dazu gehört auch, das wir als Kommune frühzeitig in Entscheidungen und Pläne des Regierungspräsidiums einbezogen werden.

Desweiteren haben wir nach wir vor einen recht großen Investitionsstau in unserer Stadt, sowohl bei den Straßen und Kanälen, als auch bei sehr vielen unserer Gebäude.

Hinzu kommt, dass unsere Verwaltung in finanzieller Sicht viel zu optimistisch denkt. So geht sie von einem Abbau der Verschuldung in den kommenden Jahren aus, plant hierzu aber weitere Eigenkapitalsentnahmen von den Albstadtwerken in Höhe von 5 Mio. € ein, die meines Erachtens absolut unrealistisch sind und so nicht kommen können.

Es sei denn wir wollen die Albstadtwerke zugrunde richten.

Dies kann aber nicht unsere Absicht sein, denn dann würden wir die Stadt weiter schwächen und ihr schaden, denn die Albstadtwerke mussten seit Jahren als Melkkuh für die Stadt erhalten und einen Teil unseres Luxus finanzieren.

Aufgrund geänderter Gesetzeslage und der Einführung von Regulierungsbehörden geht das zukünftig nicht mehr, da die Albstadtwerke auch ohne diese Kapitalentnahmen in Bedrängnis kommen, bzw. sogar schon sind.

Ich befürchte bei realistischer und objektiver Betrachtung, dass auch ohne das Aussaugen durch die Stadt, die Stadtwerke nicht umhin kommen werden, Bäder zu schließen, - ich sage bewusst **Bäder** und nicht **Bad**.

Den Antrag der SPD zur Stellenbesetzungssperre schließen wir uns an und unterstützen ihn und tragen ihn mit, da er, ebenso wie die Schuldenbremse unumgänglich ist und womöglich zukünftig noch verschärft werden muß.

Zum Ausbaustandard unserer Straßen und auch der städtischen Grünflächen muss unbedingt auch noch etwas gesagt werden. Wie wir schon mehrmals angemahnt haben ist dieser nach wie vor zu hoch und muss zwingend gesenkt werden.

Er ist zwar optisch schön, aber viel zu teuer und verursacht massiv Folgekosten, welche wir uns schlicht und ergreifend nicht mehr leisten können.

Wir erwarten, dass wenn das Baudezernat hier nicht selber tätig wird, dass der Herr Oberbürgermeister bereits im Vorfeld hier entsprechende Vorgaben macht.

Andernfalls müssen wir eben entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse herbeiführen.

*Freie Wähler Albstadt
Markus Schaudt
Haushaltsrede 2010*

am 25.06.2010 Seite 8

Ich hätte noch vieles zu sagen, aber auch aus Rücksicht auf die Kollegen der anderen Fraktionen möchte ich hier schließen, allerdings nicht ohne vorher Herrn Pannewitz und seinen Leuten unseren Dank für die gute Arbeit auszusprechen.
Dies auch im Hinblick darauf, dass wir schon bald den nächsten Haushalt beraten werden.

Danke!

Es gilt das gesprochene Wort